

Beschluss des Landrats vom 12.12.2019

Nr. 300

10. Petition «Schutz der Prattler Bevölkerung und der Umwelt vor Chemieunfällen» 2019/380; Protokoll: ble

Kommissionspräsidentin **Jacqueline Bader** (FDP) führt aus, dass das Eintreten auf die Vorlage in der Kommission unbestritten gewesen sei. In der Folge wurden beide Vertreter angehört. Es ist gut nachvollziehbar, dass die Geschehnisse auf dem Rohner-Areal stark beschäftigt haben, denn es ist in den letzten zehn Jahren zu vielen Vorfällen gekommen. Die Firma Rohner war seit Langem auf dem Radar des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE). Es sind auch einige Verfügungen ins Haus geflattert. Leider ist die Kommunikation an die Bevölkerung nicht optimal verlaufen. Am 6. Juni 2019 wurde schliesslich die sofortige Ausserbetriebnahme des Abwassersystems der Firma Rohner AG verfügt, weil vorgängig das Leck in einer Abwasserleitung nicht oder zu wenig gut behoben wurde, so dass das Grundwasser Schaden nahm. Über die Vorfälle wurden auch einige Medienmitteilungen gemacht. Ende Juni 2019 wurde das Konkursverfahren über die Firma Rohner eröffnet. Seither hat die Sicherheitsdirektion die Verantwortung auf dem Gelände übernommen und das Aufräumen veranlasst. Auch hat der Grundeigentümer, die Firma Hiag, zugesichert, dass alle Abfälle und Rohstoffe zeitnah und fachgerecht entsorgt würden.

Für die Petenten wurde in der Vergangenheit zu wenig kontrolliert. Und die Bevölkerung hatte den Eindruck, dass die Einhaltung der Gesetze nicht durchgesetzt worden sei. Das AUE monierte, dass aufgrund von Stellenreduktionen eine regelmässige Kontrolle fast nicht möglich gewesen sei, und man habe priorisieren müssen. Das AUE stellte beim Konkursamt eine Forderung von über CHF 700'000.- für die Sanierung des Grundwassers. Ob dies ausreicht, ist zu bezweifeln. Wahrscheinlich muss die Grundeigentümerin, die Hiag, die meisten Kosten tragen. Die PET erachtet es als wichtig, dass die Behörde nun die Prattler Bevölkerung regelmässig über die bereits unternommenen sowie über die weiteren geplanten Schritte in Sachen Rohner-Areal – und auch über die Firma Rohner selbst – informiert. Damit zukünftig solche Mängel in der Behördenkommission behoben werden können, beantragt die Petitionskommission dem Landrat mit 7:0 Stimmen:

1. Es wird von der Petition Kenntnis genommen. Die Regierung wird gebeten, die Prattler Bevölkerung ausführlich über die weiteren Schritte im Fall Rohner zu informieren.
2. Die Petition wird als Postulat an den Regierungsrat überwiesen mit dem Auftrag, darzulegen, wie er in Zukunft in ähnlichen Fällen zu informieren gedenkt.

Stephan Ackermann (Grüne) bedankt sich bei der Petitionskommission und hat sich erlaubt, mit den Petenten vorgängig zur Landratsdebatte zu sprechen. Die Petenten seien voller Lob über die Arbeit der Petitionskommission – die Anhörung und den Bericht – gewesen. Das muss gesagt sein. Der Redner bedankt sich für den Bericht. Es ist spannend, was darin zu lesen ist, zum Beispiel: «Nach 9 bis 12 Monaten soll das Areal chemiefrei sein. Dann wäre dort auch eine Wohnnutzung realistisch.» Dies ist eine sehr optimistische Sichtweise, oder es wird nur oberflächlich ein wenig gereinigt, und das wäre der zentrale Punkt: Was heisst chemiefrei bei einem solchen Gebiet? Im Bericht heisst es weiter, alle Abfälle und Rohstoffe sollen zeitnah und fachgerecht entsorgt werden, wie es auch die Kommissionpräsidentin gesagt hat.

Vom aktuellen Zustand des Bodens oder von der Absicht, diesen Zustand zu verbessern, ist aber nichts zu lesen. Und das ist der zentrale Punkt. Denn für zukünftige Bewohner des Areals sollte diesbezüglich das nötige Vertrauen geschaffen werden. Wenn auch Familien mit Kindern sich dort niederlassen sollen, muss bekannt sein, auf wessen Grund und Boden die Kinder eventuell im Sandkasten spielen. Weiter ist im Bericht zu lesen, der Kanton müsse das Vertrauen in seine Aufsichtsfunktion wiederherstellen, denn es sei der Eindruck entstanden, dass die Gesetze nicht

durchgesetzt und dem Handeln der Rohner AG hilflos zugeschaut worden ist. Das ist ein sehr zentraler Punkt des Berichts. Dies wurde auch von den Petenten gesagt.

Ganz interessant ist auch die Aussage des Vertreters der BUD unter 2.3.3: «Offenbar war vor 2018 keine der zuständigen Stellen darauf erpicht, strenge Kontrollen und Verfügungen bei der Rohner durchzusetzen.» Es war also offenbar nicht eine Frage des Mangels an Personal, sondern man stellte sich auf den Standpunkt, das soll «jemand anders machen, aber nicht wir».

Es wurde schlicht zu wenig gemacht. Das ist ein klarer Widerspruch zu allen vorgängig gemachten Aussagen, man habe alles im Griff. In der Prattler Bevölkerung ist das Misstrauen gross. Und es muss alles darangesetzt werden, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen. Ob die Medienmitteilung vom [3. Dezember 2019](#) dafür der richtige Weg ist, bleibt dahingestellt. Denn es ging nicht ganz klar daraus hervor, ob das Grundwassergebiet Hardwald von der Verunreinigung betroffen ist oder nicht. Auch ist nicht klar, ob die Grundeigentümerin sämtliche Kosten der Sanierung tragen wird. Ob die CHF 700'000.- reichen werden, wurde bereits von der Kommissionspräsidentin hinterfragt – und das ist «nur» das Abwasser! Für den Boden seien Rückstellungen im Umfang von CHF 1,5 Mio. vorhanden, hat es einmal geheissen. Ob dies alles aber ausreicht, weiss niemand. Wer zahlt am Schluss? Die öffentliche Hand? Das dürfte eigentlich nicht sein. Die Bevölkerung will Klarheit, einerseits in Bezug auf die Sicherheit, andererseits aber auch bezüglich der Kosten, die damit einhergehen.

Aus Sicht des Redners hätte die Petitionskommission einen Schritt weiter gehen und den Antrag ergänzen sollen, indem die Regierung aufgefordert wird, aufzuzeigen, wie zukünftig verhindert werden kann, dass die Allgemeinheit am Ende für Unterlassungen der Unternehmen aufkommen muss. Wohl liege es aber am Landrat, ein Postulat auszuarbeiten, damit der Regierungsrat in diesem Sinne handelt.

Stephan Burgunder (FDP) findet, die hohe – in kurzer Zeit gesammelte – Unterschriftenzahl zeige die grosse Sorge der Prattler Bevölkerung in diesem Zusammenhang. Erstaunlich ist, wie viele Ereignisse es gebraucht hat, bis die Behörden wirklich durchgegriffen haben. Auch ihn überraschten gewisse Aussagen im Bericht. Wenn dort steht, aufgrund von Stellenreduktionen habe man nicht so regelmässige Kontrollen durchgeführt und priorisieren müssen, so fragt sich: Wenn der Schutz der Bevölkerung nicht Priorität hat, was dann?

Bezüglich der Aussage, dass das Gebiet innerhalb von 12 Monaten «chemiefrei» sei, hat der Redner das Gespräch mit der Firma Hiag gesucht. In 12 Monaten ist der Innenraum chemiefrei, d.h. alle Maschinen sind gereinigt und sauber, aber alle Gebäude stehen noch. Es braucht anschliessend weitere 12 Monate für den Rückbau der Gebäude – mindestens. Und erst dann kann man schauen, was im Boden noch hervorkommt. Als Filetstück kann man das Gebiet zwischen Bahn- und Tramlinie nicht gerade bezeichnen. Zudem schränkt die Störfallverordnung eine Bebauung stark ein. Es braucht sicher ein städtebauliches Verfahren. In einem Jahr wird mit Sicherheit nichts gebaut; es ist eher mit in acht bis zehn Jahren zu rechnen, das wurde mit der Eigentümerin so diskutiert.

Man begrüsst, dass mehr informiert und das Ganze im Auge behalten wird. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge der Petitionskommission.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 61:0 Stimmen wird von der Petition «Schutz der Prattler Bevölkerung und der Umwelt vor Chemieunfällen» Kenntnis genommen, und der Regierungsrat wird gebeten, die Bevölkerung ausführlich über die geplanten weiteren Schritte im Fall Rohner AG Pratteln zu informieren.

://: Mit 56:3 Stimmen wird die Petition als Postulat an den Regierungsrat überwiesen mit dem Auftrag darzulegen, wie er in Zukunft in ähnlichen Fällen zu informieren gedenkt.
